

9.55

Bundesrat Mag. Ernst Gödl (ÖVP, Steiermark): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sehr geehrter Herr Bundesminister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Damen und Herren hier im Saal und zu Hause vor den Fernsehgeräten, die diese Debatte im Bundesrat mitverfolgen!

Nur wer das Ganze im Auge hat, kann für seinen Teil etwas erreichen. – Diese Prämisse möchte ich meinen Ausführungen voranstellen, rückt ja gerade zu Beginn dieser Sitzung des Bundesrates die Bedeutung des Föderalismus, dieser Staatskonstruktion, in den Vordergrund, zumal Hermann Schützenhöfer als Landeshauptmann der Steiermark hier im österreichischen Parlament gerade eine Erklärung abgegeben hat und auch der halbjährliche Wechsel im Vorsitz dieser Kammer das Zusammenwirken der Bundesländer in den Fokus rückt.

Wenn ich also die Behauptung aufstellen darf, dass wir Bürgerinnen und Bürger, wir als politische Verantwortungsträger, alle Medien immer das Ganze im Auge haben sollen, dann meine ich mit „das Ganze“ in diesem Zusammenhang natürlich die Republik Österreich. Wenn man dann für seinen Teil etwas erreichen möchte, und in diesem Rahmen wären als Teile ganz besonders die neun Bundesländer gemeint, so passt dieser Leitsatz wohl haargenau zu dem Motto deines Vorsitzes, Herr Landeshauptmann: „Gemeinsam neue Wege gehen!“

Es gibt wohl keinen Berufeneren als dich, Herr Landeshauptmann, dieses Leitmotiv vorzuschlagen, weil du diesen Politikstil, gemeinsam neue Wege zu gehen und diesen Stil auch in der Regierungsarbeit zu pflegen, seit Jahren in der Steiermark vorlebst. Mit deiner Anwesenheit gestern beim Steiermark-Empfang in der Säulenhalle und auch heute hier im Plenum des Bundesrates dokumentierst du auch, dass du ein überzeugter Föderalist bist. „Föderalismus“ ist in der Medienwelt ja zu einem Reizwort geworden, vor allem weil er unter der Füllfeder mancher Journalisten mit negativen Assoziationen behaftet ist. Er sei viel zu behäbig, er stünde für Blockade, er sei zu teuer und so weiter.

Ich bin auch bekennender Föderalist und finde, du hast es angesprochen, dass das Konzept der Subsidiarität die erfolgreichste Staatskonstruktion ist: das bewusste Zuteilen von Verantwortung auf die sachlich und fachlich richtige Ebene, auf die Gemeinde, auf die Länder, auf den Bund, und damit einhergehend der politisch-demokratische Wettbewerb auf allen Ebenen als Schwungrad für blühende Dörfer, für starke Gemeinden und für prosperierende Länder. Und nicht zu vergessen ist in diesem Zusammenhang – auch das hast du angesprochen –: Diese Republik

Österreich wurde, historisch gesehen, immerhin zweimal von den Bundesländern gegründet.

Der Blick auf die europäische Landkarte zeigt und beweist, dass föderal organisierte Staaten zu den besonders erfolgreichen zählen. Es sind dies vor allem die Schweiz, Deutschland, Belgien und eben auch unser Österreich. Nicht selten wird das Argument bemüht, Österreich wäre viel zu klein für eine föderale Gliederung, allein der Freistaat Bayern beispielsweise ist größer als das ganze Österreich. Dem kann man sachlich leicht entgegentreten: Das Saarland, auch ein deutsches Bundesland, ist flächenmäßig kleiner als Vorarlberg und damit auch kleiner (*in Richtung des vorsitzführenden Präsidenten Lindner*) als dein Bezirk Liezen. Der Bezirk Liezen ist bekanntlich flächenmäßig größer als Vorarlberg. Lieber Mario, wäre Liezen ein Land, wärs du vielleicht Landeshauptmann oder Armin Forstner Landeshauptmann von Liezen. (*Heiterkeit bei der ÖVP. – Zwischenruf des Bundesrates Mayer.*) – Nein, so weit wollen wir es nicht bringen, aber man sieht, auch die Schweiz als Vorbild des Föderalismus, von der Fläche her halb so groß wie Österreich, ist gegliedert in 26 Kantone.

Daraus lässt sich ableiten: Betriebswirtschaftlich gesehen mag ein Zentralstaat mit weniger politischen Institutionen vordergründig billiger sein, aber ein Staat als Ganzes lebt nicht nur von organisatorischen Parametern, sondern ganz besonders auch von Emotionalität und von Identität. Und damit bin ich schlussendlich wieder beim Erfolgskonzept der Subsidiarität.

Das soll aber nicht heißen, es muss alles so bleiben, wie es immer war. – Nein, ausdrücklich Nein.

In vielen Bereichen unserer Staatsorganisation haben wir Strukturen aus dem 19. Jahrhundert; man denke nur an Katastralgemeinde-, Gemeinde- und Bezirksgrenzen. Wir haben im Wesentlichen eine Verwaltungsstruktur, eine Verfassung aus dem 20. Jahrhundert, und wir sind heute mit den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts konfrontiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, deswegen müssen wir gemeinsam neue Wege gehen und alles hinterfragen, auch uns selbst hinterfragen. Es gehört zur politischen Reife, auch sich selbst zu hinterfragen, so wie ich auch als Bürgermeister meine eigene Gemeinde hinterfragt und neu gestaltet habe. Gemeinsam neue Wege zu gehen heißt, diese gemeinsam mit Bund und Ländern, gemeinsam mit den Staaten in Europa mit dem ganz großen Ziel zu gehen, dass unsere Kinder auch das erleben dürfen, was wir über Jahrzehnte erleben konnten, nämlich: Frieden, Freiheit und breiten Wohlstand.

Meine Damen und Herren! Frieden entsteht nicht dadurch, dass die Friedlichen friedlich sind. Frieden entsteht dadurch, dass die Friedlichen stärker sind als die Aggressoren, dass die Toleranten stärker sind als die Fanatiker, und schlussendlich dadurch, dass die Demokraten stärker sind als die Diktatoren. Demokratie ist nicht einmal im 21. Jahrhundert eine Selbstverständlichkeit – und nicht einmal bei uns. Sie erlebt auch in Europa eine wahre existenzielle Krise.

Das Brexit-Votum sehe ich – verzeihen Sie mir diesen Ausdruck – als Sternstunde für die Demokratie, und zwar in zweierlei Hinsicht: Zum einen weil die Abstimmung den mahnenden Finger in Richtung Europäische Union, in Richtung europäische Institutionen erhoben hat, nämlich verbunden mit der Aufforderung, bürgernahe und vertrauenswürdige Politik zu machen. Die Menschen haben damit beispielsweise auch das Totalversagen in der europäischen Flüchtlingspolitik abgestraft.

Zum anderen aber zeigt das Brexit-Votum auch, wie direkte Demokratie demagogisch gebraucht und auch missbraucht werden kann. Populisten, die eine Abstimmung gewinnen, am Tag darauf ihre Versprechen revidieren und sich in breitem Maße aus dem Staub machen, wenn der Schaden angerichtet ist, sind ein Lehrstück für alle europäischen Demokratien; übrigens auch ein Lehrstück für einen Bundespräsidentenskandidaten, der schnell am Schuhabsatz eine Kehrtwendung vollzogen hat.

Gemeinsam neue Wege zu gehen heißt deswegen auch, gegen das radikale Kurzzeitdenken aufzutreten – das radikale Kurzzeitdenken, das besondere Gift für jede Demokratie. Es bedeutet eben nicht, das Ganze im Auge zu haben, sondern nur den nächsten Wahltermin. Und wir wissen aus den Erfahrungen der letzten Jahre in der Steiermark, dass Menschen bereit sind, Reformen mitzutragen, Stichwort Gemeindezusammenlegung, Stichwort Bezirksneuorganisation et cetera.

Ich bin mir bewusst, Gerd Krusche von der FPÖ wird bald nach mir sprechen und womöglich – so gut kenne ich ihn inzwischen – auch ein bisschen kritisch argumentieren, dass die Reformpartnerschaft zum Beispiel die letzte Wahl vor einem Jahr nicht gewonnen hat, sondern beide beteiligten Parteien auch Stimmenverluste einfahren mussten. Ja, das ist schon richtig, wobei man auch weiß, dass das Hauptmotiv für die Wahlen im Jahr 2015 in der Steiermark auch ein bundespolitisches Thema war, das alles überlagert hat, nämlich bereits seinerzeit die Frage der Flüchtlinge.

Gerade in schwierigen Zeiten ist die Chance für Oppositionsparteien sehr groß, weil der Protest immer zugunsten der Oppositionsparteien ausschlägt, denn vor allem

Populisten geben oft vor, für komplexe Themen einfache Lösungen anbieten zu können, sie brauchen aber ihre Lösungskompetenz nicht unter Beweis zu stellen.

(Bundesrat Meißl: Lasst uns erst!)

Aber, meine Damen und Herren, **regieren** ist ein Rendezvous mit der Realität. Und gerade die Freiheitlichen haben damit einschlägige Erfahrungen, als sie 2000 in die Regierung kamen und sehr schnell von der Realität eingeholt wurden – Wiederholung: nicht ausgeschlossen.

Gemeinsam neue Wege zu gehen heißt schlussendlich auch, nicht die eigene Befindlichkeit als Maßstab aller Dinge zu sehen – wie du es auch oft formulierst, lieber Herrmann, lieber Herr Landeshauptmann –, sondern wiederum das Ganze im Blick zu haben, nicht auf die nächste Schlagzeile zu schießen, sondern auch das Unpopuläre, aber Notwendige und Richtige zu tun und das Unpopuläre, um auch Reinhold Mitterlehner zu zitieren, so zu erklären, dass es populär und damit auch mehrheitsfähig wird. Es heißt auch, nachhaltig zu denken, zu leben und auch dem Zeitgeist zu widerstehen, denn, meine Damen und Herren, wer sich mit dem Zeitgeist ins Bett legt, könnte sehr schnell als Witwer aufwachen.

Unser Staat und insbesondere auch der Föderalismus brauchen viele Reformen. Die politischen Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts können nicht mit Rezepten der vergangenen Jahrhunderte gefunden werden. Wir brauchen ein starkes Europa und nicht dessen Zerfall in Nationalstaaten, wenn wir unseren Kindern Frieden garantieren wollen. Wir brauchen starke Regionen und Gemeinden, wenn wir unseren Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit, Zukunftschancen und Heimat garantieren möchten. Schlussendlich brauchen wir politische Verantwortungsträger in allen Parteien, die das Ganze im Auge haben, damit sie für ihren Teil, für den sie gewählt sind, am meisten erreichen können.

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich wünsche dir in deiner Führungsfunktion in der Landeshauptleutekonferenz – im besonderen Wissen, dass du immer das Ganze im Auge hast, um für die einzelnen Teile am meisten zu erreichen – alles Gute. Ein steirisches Glückauf! *(Beifall bei ÖVP, SPÖ und Grünen.)*

10.06

Präsident Mario Lindner: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Weber. – Bitte, Herr Kollege.